

KBA 6025.12

Bundestagspräsident D. Dr. Eugen Gerstenmaier:

Die Kirche – Hort des „Ohne mich“?

Durch das Scheitern der EVG im französischen Parlament stehen wir vor der Notwendigkeit, uns erneut mit der Frage eines deutschen Verteidigungsbeitrages auseinanderzusetzen. Die allgemeinen politischen und geistlichen Voraussetzungen dieser Auseinandersetzung sind dieselben geblieben wie bei der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, abgesehen davon, daß die deutsche Nationalarmee im Nordatlantischen Verteidigungsbündnis kein Teil eines supranational konstituierten europäischen Verteidigungssystems, sondern Partner einer neuen Militäralianz sein wird. Man müßte es begründen, wenn diesem Unterschied in der deutschen Öffentlichkeit und in der Diskussion über die deutsche Wiederbewaffnung Bedeutung zugemessen würde. Aber bis jetzt hat dieser Unterschied in der öffentlichen Auseinandersetzung, die nach der Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954 wieder begann, eine bedauerlich geringe Rolle gespielt. Es formierte sich einfach die zweite Welle der alten „Ohne-mich“-Bewegung. Sie brachte weder neue Argumente noch neue Forderungen. Sie wiederholte nur, was uns aus den Tagen der Auseinandersetzung mit Heinemann, Wirth, Niemieller und jenem sozialistischen Flügel geläufig ist, der sich schon der Schumacherischen Parteidisziplin niemals ganz unterworfen hat und der dem jetzigen Parteiführer der SPD erst recht nicht zu folgen bereit ist.

Die Bundestags- und Landtagswahlen von 1953 und 1954 haben erwiesen, daß die überwältigende Mehrheit des evangelischen Kirchenvolkes nicht bereit und nicht willens ist, sich der „Ohne-mich“-Welle anzuschließen. Auch der Auftrieb, wie sie etwa der Superintendent des Kirchenkreises Dortmund am 8. November 1953 und wie sie andere prominente Männer der evangelischen Kirche in die Welt gehen ließen, haben daran nichts zu ändern vermocht. Diese Appelle haben in der Öffentlichkeit nur ein schwaches Echo gefunden. Innerhalb der evangelischen Kirche hat man sich weitgehend damit abgefunden, daß einzelne Gruppen und Grüppchen sich auf dieser Linie politisch bewegen. Man hat sich damit abgefunden, daß Heinemanns politische Assistenten in ihnen ihr eigentliches Ansatzpunkt besitzt, und man ist bereit zuzugeden, daß die meisten dieser Priester und „kirchlich aktiven Laien“ es herzlich gut mit Volk und Menschheit meinen. Aber es hat sich auch in der Öffentlichkeit – soweit sie überhaupt auch nur mit einem Ohr davon Kenntnis nimmt – herumgesprochen, daß solche Gruppen und Grüppchen nicht die Kirche sind, ja, daß sie selbst dann in dieser Sache ohne kirchliche Legitimation sprechen, wenn sie – so wie es der Superintendent von Dortmund getan hat – mit amtlichem Briefkopf und Titel dabei in Erscheinung treten. Gelegentlich stützt man, wenn man neben den bekannten Parteigängern Heinemanns auch neue Namen findet, von deren Trägern man ihres kirchlichen Amtes wegen größere Distanz und Zurückhaltung erwartet hätte.

Undeutliche politische Fronten

Es mag sein, daß manchem der Unterzeichner, vielleicht auch dem Mitverfasser dieser Auftritte unrecht getan wird, wenn ihre Bemühungen nur als ein politischer Angriff auf die Politik Adenauers ausgelegt werden. Ihrer politischen Wirkung nach werden sie – gleichgültig, ob dies beabsichtigt ist oder nicht – alle darauf hinauslaufen. Aber es ist dennoch nicht richtig, diese Absicht jedoch, der sich an einer solchen Aktion beteiligt, zu unterstellen. Wenn man zum Beispiel die Unterschriften unter dem von dem Pfarrer Lemp in Neillingen/Württemberg verfaßten „Wort zu Wiederaufrüstung – Was nun?“ prüft, dann muß man ohne weiteres sagen, daß unter den Unterzeichneten mindestens ebenso viele Leute sind, die es etwa mit der CDU und ihren grundsätzlichen Anliegen „gut meinen“, wie sich schärfste Gegner darunter befinden, die geneigt sind, die CDU als subtile Erfäulnis des Satans zu verdammen. Ähnliches läßt sich von anderen Auftritten sagen.

Durch die meisten dieser Worte, Rufe und

Appelle zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke, daß einem gefährlichen Hang, in der Macht und Gewalt das Heil zu sehen, ernstlich widerstanden werden müsse. Damit verbindet sich die seltsam ungeprüfte Vorstellung, daß nicht nur der Bundeskanzler, sondern die Mehrheit des Parlaments in einer höchst fatalen Weise in der Wiederbewaffnung als solcher das Heil Deutschlands erblicke. Der Gedanke, daß die Bundesregierung und das Parlament – so man willens ist – nur unter dem zwingenden Druck einer schweren Verantwortung für die Freiheit und die Sicherheit unseres Volkes der Wiederbewaffnung zustimmen, ist in all diesen Hingegen kaum andeutungsweise zu finden. Geringgehalten, daß alle Methoden des Militärs, der Drohung und der Gewalt“ uns nicht schützen könnten. Da wird die „soziale Gerechtigkeit“, die „Politik des Ausgleichs, der Verständigung und des Vertrauens“ gegen das Bemühen der Regierung gesetzt, „es darauf auszugehen, mit Hochdruck daran zu arbeiten, daß Deutschland bald wieder Soldaten, Kasernen und Panzer“ erhalte.

Das Loch im Gedächtnis

Es hat wenig Sinn, sich auf eine solche Diskussionsstellung einzulassen. Daß Korea, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen und die Baltischen Staaten aus mit noch so guten Sozialgesetzen nicht von den Kosaken gerettet wurden, läßt die Verfasser solcher „Worte“ völlig unberührt. Es kommt ihnen überhaupt nicht in den Sinn, darüber nachzudenken, was im Frühjahr 1947 Griechenland vor der Einbeziehung in den russischen Sicherheitsgürtel bewahrt hat. Daß das nicht das freundliche Zureden, sondern die letzte Warnung des damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten mit dem Appell an die Waffen gewesen ist, darf dem Pfarrer Lemp in Neillingen so wenig bedeuten wie die Erfahrung, die die Welt mit dem idealen Statut der Vereinten Nationen machen mußte. Daß Millionen das Statut auf dieses Statut und den Erfolg des freundlichen Zuredens mit dem Verlust ihrer Freiheit und Tausende mit ihrem Leben bezahlen mußten, bleibt in dem eigenwilligen Rezept des doktrinen Neutralismus außer Betracht.

Es ist wahr: Die Welt ließe sich auch ohne neue Armeen denken, und zwar besser denken. Es ist eine Katastrophe der Menschheit, daß die schöne Friedensordnung, wie sie in dem Statut der Vereinten Nationen ihren Niederschlag gefunden hat, zum größeren Teil bis heute eine Theorie geblieben ist. Es ist keineswegs selbstverständlich, daß über den Schlachtfeldern und Massengräbern einer Weltkriegs neue Armeen mit neuen, schrecklicheren Waffen ausgestellt werden müssen. Niemand braucht uns erst noch zu sagen, daß diese Entwicklung beklagenswert ist, und niemand braucht uns daran zu erinnern, wieviel besser und schöner es wäre, wenn die Völker Europas ohne Wehr und Waffen in die Zukunft gehen könnten. Die unausweichliche Zwangslage, in der wir uns befinden, sollte darum kein Tummelplatz sein für vielleicht wohlmeinende, aber zumindest undurchdachte politische Ratschläge oder für präntöse Ansprüche und Vorwürfe. Diese Lage könnte uns vielmehr erneut über die furchtbare Gewalt denken belehren, was die Kirche in persönlichen wie im kollektiven gesellschaftlichen Zusammenhang Sünde nennt. Über ihre Realität können wir uns nicht hinwegträumen.

Wir müssen uns mühsam und oft qualvoll im Alltag einer bitteren Verantwortung dazu mit auseinanderzusetzen. Das geschieht nicht so, mit uns meinen oder vorgeben, im Osten sei alles schwarz und im Westen alles weiß. Wir predigen auch keinen Kreuzzug – im Gegenteil! Aber wir widersetzen uns entschieden jener Überheblichkeit, die die Unterschiede zwischen der Welt der Tyrannei und der Welt der Freiheit ignoriert oder bagatelisiert.

Die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß es auch im Bereich der freien Welt

genug Gewalt und Unrecht gibt. Jedoch nach dem, was unsere Generation gesehen und erfahren hat, sollte es keines Wortes mehr darüber bedürfen, daß dennoch ein fundamentaler Unterschied zwischen der Welt des totalitären Zwangsstaates und der des freiheitlichen Rechtsstaates besteht. Es ist für die Einäugigkeit vieler dieser angeblich kirchlichen Appelle kennzeichnend, daß in ihnen weder der unübersehbare Unterschied zwischen Ost und West in Sachen des Rechts und der Freiheit, noch die Zwangslage, in der wir uns befinden, und schon gar nicht die Friedensliebe und Friedensehsucht derer in Erscheinung treten, an die sie ihre Polemik und ihre Ermahnungen richten. Ist es dann verwunderlich, wenn der meisten dieser Appelle aus dem „evangelischen Raum“ nachgesagt wird, daß sie eben doch nicht in erster Linie einen wahrlich kirchlichen oder christlichen Anliegen, sondern der polenisch-politischen Tendenz entspringen, für die zum Beispiel die Rede Karl Barth's, die er am 14. November 1954 in Wiesbaden auf Einladung des Baseler Professor der Theologie gehalten hat, ein massives Vorbild ist. Seine sublimen Feindschaft gegen die CDU und ihren Vorgesetzten, sein tiefer, aller Liebe barer Vorbehalt gegen Deutschland schlechthin machen die von den Deutschen als Prophet und Erzieher vorgestellt zu werden.

Aber auch die massive und in der Form verletzende politische Verurteilung kann und muß im politischen Kampf, wenn auch nicht widerspruchlos, ertragen werden. Was jedoch nicht hingenommen werden kann und darf, ist die zuweilen ganz unbedenklich vollzogene, häufig aber im Zweifelt bleibende Identifizierung dieser „Worte“ und Appelle mit der evangelischen Kirche in Deutschland. Die Parteien – auch die sich programmatisch und im politischen Handeln zur Solidarität der Christen bekennenden Parteien – sollten daraus zunächst eine Nutzenanwendung für ihr eigenes Verhalten ziehen: Wo das Gebot Gottes und die von der Kirche anerkannten Ordnungen es nicht ganz unzweifelhaft erlauben oder gebieten, da sollten sie diesen in Anspruch zu nehmen, was politisch notwendig, zweckmäßig oder wünschenswert erscheint. Die CDU zum Beispiel hat nichts davon, wenn sie den Versuch macht, die Kirche für irgendwas zu engagieren, was nicht ohne Frage christlich geboten ist. Die Stimme der CDU darf allerdings weniger zweideutig, zwickelig und mißverständlich sein. Die CDU darf insbesondere nicht von sich aus den Eindruck erwecken, als ob sie eine bevorzugte politische Organisation der Kirche sei. Sie ist eine freie, keiner kirchlichen Autorität unterworfenen Gemeinschaft mündiger Christen. Nicht mehr, nicht weniger! Vornehmlich der evangelische Teil der CDU darf diese Mündigkeit auch nicht in Frage stellen lassen im Namen des höheren theologischen Sachverständes. Es ist ein fataler Zug in den meisten der angeführten „Worte“, daß sie politisch diätetisch und in der Exegese kirchlicher Verabredungen, wie etwa der Synode von Evanston mindestens unexakt oder einseitig sind. Umgekehrt sollten wir nicht den Versuch machen, die Theologie zur politischen Hilfswissenschaft zu degradieren. Unter keinen

Fortsetzung Seite 4

Saarkommissar gesucht

Die Besprechungen in Baden-Baden haben abermals ergeben, daß dem Amt und auch der Person des künftigen Saarkommissars eine ungewöhnliche Bedeutung zukommen wird. Die kleine Mehrheit, mit der Mendès-France au Silvester die Pariser Verträge vor dem Schicksal der EVG bewahren konnte, hat die Verhandlungsmöglichkeiten über zusätzliche Auslegungen des Saarkommens beträchtlich eingeschränkt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß Mendès-France, gabe er sich auch nur den Anschein, daß er zu einem gewissen Entgegenkommen in der Saarklage bereit wäre, seines Sturzes sicher sein müßte. In Bonn knüpfte sich daher der Rest an Hoffnung, den man für eine Verbesserung des schlechten Abkommens noch hegen darf, an das Amt des Saarkommissars. Er wird es sein, der auf Grund der Deklaration des Europarats über die Menschenrechte konkrete Entscheidungen wird treffen müssen, welche Beschränkungen der Bürgerrechte an der Saar dieser Deklaration widersprechen.

Nun ist neuerdings davon die Rede, das Amt des Saarkommissars solle einem Engländer angetragen werden. Genannt wurden Sir William Strang, ein hoher britischer Botschafter außer Diensten, wie auch der ehemalige britische Botschafter in Teheran, Francis Shepherd, der ebenfalls im Ruhestand lebt. Nur in Klammern wäre dazu zu sagen, daß Strang, gewiß ein hochachtbarer Mann, mancherlei Phasen in seiner langen Karriere durchgemacht hat, die ihm nicht ein uneingeschränktes und sonstigen selbstverständliches Vertrauen in der Bundesrepublik sichern können, während Shepherd in Teheran schon durch sein ungewöhnlich schlechtes Verhältnis zu seinem dortigen amerikanischen Kollegen kein neues Lobesblatt in den ehrwürdigen Kranz britischer diplomatischer Erfahrungen gelochten hat. Doch sind das nur Argumente ad hominem.

Viel wichtiger ist die Frage, ob England überhaupt einer so schwerwiegenden Verantwortung belastet werden kann. Gerade in der Saarklage hat sich ja nun einmal die britische Regierung moralisch einseitig gebunden, wie nämlich der berühmten Verhandlungen vom Oktober 1954 zwischen Mendès-France und Adenauer wurde, zwar landen sie in der englischen Botschaft in Paris statt, aber Eden konnte sich in diesem Fall nicht als ehrlicher Makler zur Verfügung stellen und blieb während der entscheidenden Stunden im Nebenzimmer.



Sir Francis Shepherd

Wir möchten eine Belastung der deutsch-englischen Beziehungen durch einen britischen Saarkommissar, der stets im Geruch stehen müßte, an Weisungen seiner Regierung gebunden zu sein, vermeiden sehen. Wenn je, so ist dies ein Amt für eine neutrale Persönlichkeit von Schweiz würde schon des älteren genannt. Gewiß würde aber auch eine schwedische Persönlichkeit zu finden sein, oder, wenn man weit greifen will, ein erfahrener türkischer Diplomat. Im Interesse der Saar wie der Deutschen läge es jedoch, jenen Schweizer den Vorrang zu geben, der als Träger edelster schweizerischer Kulturtradition zugleich die schon erprobte Achtung der Franzosen besitzt.

EDLE ORIENT-TABAKE

wie Xanthi, Machallah, Seres und andere Provenienzen, rein und fein, wie die Natur sie reifen ließ, bilden die Mischung der wohlbekömmlichen F 58. Ungeschmälert entfaltet sich ihr köstliches Aroma

Die Orient FILTER Zigarette



Was die F 58 anbelangt, so bin ich froh, dem Rate meiner Bekannten mir erfahren, wie köstlich die F 58 ist. Selbst wenn man schon einmal etabliert mehr Zigaretten raucht als üblich, schmeckt die letzte Zigarette noch genau so gut wie die erste

Hans Eder
Innsbrunn, Engländer-Str. 10a

Die Kirche — Hort des „Ohne mich“?

(Fortsetzung von Seite 3)

Umständen darf die Autorität der verfaßten Kirche und ihrer Organe in Anspruch genommen werden, wenn es sich darum handelt, eine politische Konzeption durchzusetzen, die unter Christenmenschen nun einmal verschieden beurteilt werden kann.

Auf der anderen Seite aber ist es an der Zeit, daß die mündigen Christen in der Politik als Glieder der Kirche ihre Stimmen gegen die manchmal stille, manchmal auch gar nicht stille Zwiesichtigkeit und Zwieltichtigkeit erheben, in der die meisten dieser kirchlich gefärbten politischen Attacken sich der Mitwelt darbieten. Im Falle der 40 hessischen Pfarrer, die einen „seelsorgerlichen Notstand“ verkündet wissen wollen, hat diese Zwieltichtigkeit haarsträubend präventöse Formen angenommen. Sie sind fast durchweg so angelegt, daß sie den Unterzeichnern im Falle der Klage die Möglichkeit geben, sich darauf zurückzuziehen, daß sie nicht namens der Kirche und ihrer verantwortlichen Organe geschrieben und ergangen seien. Andererseits sind sie jedoch — bewußt oder unbewußt, gewollt oder ungewollt — so formuliert, daß sie in der Öffentlichkeit und in den Gemeinden gelesen und verstanden werden als eine kirchliche Verlautbarung — eben als das, was man seit Jahr und Tag als „Wort der Kirche“ bezeichnet. Man muß dafür dankbar sein, daß sich immer wieder Kirchenführer gefunden haben, die solche, die Redlichkeit zu weilen ernsthaft gefährdenden Verwirrungen im Namen der Wahrheit öffentlich klargestellt haben. Ein Beispiel dafür hat Bischof Halfmann von Schleswig-Holstein gegeben.

Es ist charakteristisch, daß weder der Schriftbeweis noch eine Entscheidung der reformatorischen Bekenntnisse, noch das persönliche Zeugnis des Heiligen Geistes im allgemeinen für die uns heute beschäftigenden politischen Aktionen aus dem kirchlichen Raum in Anspruch genommen werden, sondern daß man sich am weitest häufigsten auf Beschlüsse von Synoden und anderen größeren oder kleineren kirchlichen Konferenzen beruft. Die Methode dieser Berufung ist immer die gleiche. Sie besteht darin, daß legitime kirchliche Verlautbarungen einer einseitigen, gelegentlich recht willkürlichen Interpretation unterworfen werden, die von der betreffenden Synode oder Weltkirchenkonferenz keineswegs gemeint oder gewollt wurde. Die Botschaft der Weltkirchenkonferenz von Evanston vom Sommer 1954 können diejenigen, die sich für einen deutschen Verteidigungsbeitrag aussprechen, zumindest mit demselben guten Gewissen unterschreiben wie der Superintendent des Kirchenkreises Dortmund und seine Amtsbrüder. Sie besagt nichts, aber auch gar nichts gegen die Intentionen, die Motive und Zielsetzungen der von der Bundesregierung vertretenen Politik. Ähnliches gilt von der Essener Erklärung des Rates der EKD von 1950 und den Beschlüssen der Synode von Weibensee. Denn das Thema der Politik Adenauers ist nicht die Wiederholung militärischer Risiken, ist nicht Gewaltpolitik, sondern ist allein der Schutz der Freiheit und der Sicherheit des unserer Verantwortung anbefohlenen Volkes.

Was dafür notwendig ist, das muß geschehen, gleichgültig, ob es uns leicht oder schwer fällt. Der deutsche Verteidigungsbeitrag fällt niemand leicht; aber weil die Freiheit und die Sicherheit Deutschlands ihn heute unabwiesbar verlangen, muß er ohne Rücksicht auf Popularität und auch den ersten Einspruch kirchlicher Amtsträger erbracht werden. Als Christen müssen wir es uns gefallen lassen, in unserem politischen Tun auf die letzten Maßstäbe christlicher Verantwortung angesprochen zu werden. Wir müssen uns das gefallen lassen, gleichgültig, ob die verfaßte Kirche, ob einzelne oder Gruppen uns auf die Grundlagen, Motive und möglichen Wirkungen unserer politischen Entscheidung hin befragen. Wir müssen zur Verantwortung darüber gegen jedermann bereit sein. Aber es ist auch das gute Recht, ja die Pflicht des mündigen Christen in der Politik, darauf zu halten, daß das christliche Wort nicht zwieltichtig zur politischen Waffe entwürdigt wird. Dies eben ist es, was in den Dokumenten der „Ohne-mich“-Bewegung aus dem Raum der evangelischen Kirche das christliche Gewissen bedrückt und die politische Auseinandersetzung unchristlich verbittert.

Ägypten / Sudan / Mau-Mau

GISELHER WIRSING

DIE RÜCKKEHR
DES
MONDO-MOGO

Afrika von Morgen

228 Seiten, Leinen DM 12,80

Ein faszinierendes Buch! Der Verfasser entwirft ein schonungsloses und folgerichtiges Bild vom modernen Afrika. Der tiefere Hintergrund der Spannung zwischen Schwarz und Weiß wird in diesem aus unmittelbarem Erleben entstandenen Buch mit den Augen eines vorurteillosen Deutschen gesehen. Der mondo-mogo — der Zauberer — kehrt in europäischer Verkleidung zurück. Damit wird Afrika zu einer dramatischen Bühne.

EUGEN DIEDERICH'S VERLAG
DÜSSELDORF

Und dennoch: Demokratie

Zu Winfried Martinis Buch: „Das Ende aller Sicherheit“

Das ist ein prachtvolles Buch, solange es sein Thema meidet oder sich auf weiten Umwegen an sein Thema heranpirscht! Es stehen großartige politische Skizzen aus Vergangenheit und Gegenwart, aus dem Inland und dem Ausland darin, und in der knappen und klaren Darstellung aller dieser Episoden zeigt sich Martini als Meister (Winfried Martini: „Das Ende aller Sicherheit — eine Kritik des Westens“, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1954). Auch wenn er die Episoden eben als Episoden deutet, bewährt sich noch Martinis Meisterschaft. Das Unheil hebt an, sobald er sich ansieht, die Ausdehnung der Episoden in die Tendenz des Buches einklinken zu lassen. Dann uferf der Fluß der Darstellung aus, verrinnt ins Ungeheure und versickert in Ratlosigkeit.

Dieses Unheil kommt vom Fluß der These, die der politische Publizist Martini wie einen Götzen vor sich aufgebaut hat und dem er, in der Weltgeschichte und im Zeitgeschehen unbekümmert um sich greifend, Opfer um Opfer darbringt. Seine These heißt: „Die Demokratie hat abgewirtschaftet.“ Und wie immer bei Büchern, die nicht entwickelt, sondern auf mehreren hundert Seiten lediglich alles zusammenraffen, was zum Beweis einer These dienlich ist, fühlt man sich über der Lektüre trotz brillanter Komposition und Darstellung gelangweilt wie in einem Schauprozeß, dessen Urteil vor der Beweisführung feststeht.

Was ist demokratisch?

Martini beklagt, daß der Kurswert des Begriffes „Demokratie“ nirgends verbindlich notiert sei: „Die Zahl der Vorstellungen von dem Inhalt und den Prinzipien der Demokratie mag ungefähr der Zahl der Demokraten entsprechen.“ (Seite 31.) Richtig — aber das besagt noch nicht, daß die Demokratie ein Wahngelbde sei. Man tausche in dem Martinischen Satz die Wörter „Demokratie“ und „Demokraten“ gegen „Christentum“ und „Christen“ oder gegen „Toleranz“ und „tolerante Menschen“ aus, dann trifft er ebenso zu, ohne dem Wert und der Würde des Christentums oder der Toleranz Abbruch zu tun.

Immerhin muß, wer über Demokratie schreibt, irgend eine Begriffsvorstellung des Wortes folgen. Martini engt den Begriff zweifach ein. Er will mit „Demokratie“ als dem Inbegriff einer bestimmten Gesittung oder einer bestimmten Lebensgestaltung nicht zu tun haben. Er findet es zum Beispiel lächerlich, wenn rücksichtsloses Verhalten im Straßenverkehr als „undemokratisch“ bezeichnet wird, wiewohl viele Menschen den Begriff in diesem Sinne verwenden und damit genaue und verpflichtende Vorstellungen verbinden, wie es etwa auch an einer Stelle der viel besuchten Filmkomödie „Sabrina“ heißt: „Wenn ein Millionär eine Chauffeurstochter heiratet, gilt das als demokratisch, aber daß eine Chauffeurstochter einen Millionär heiratet, hat noch niemand als demokratisch ge-

priesen.“ Mag es hier auf sich beruhen, daß von dem Wort Demokratie ziemlich inflationärer Gebrauch gemacht worden ist. Man wird dem Begriff jedoch nicht gerecht, wenn man unter Demokratie nichts weiter als eine bestimmte Organisationsform des Staates versteht. Das vor allem nicht, wenn dieser ersten begrifflichen Einengung noch eine zweite, weit bedenklidere folgt: Um die von ihm als bloße staatliche Organisationsform verstandene Demokratie näher zu bestimmen, rettet sich Martini in die Etymologie, und prompt sprudelt er die völlige Unzulänglichkeit heraus: „Demokratie heißt Volksherrschaft.“ Nach dieser zweiten Verengung stellt sich Martini „Demokratie“ als diejenige Staatsorganisation dar, bei der 51 gegen 49 Prozent entscheiden können. So verengt und verflacht gesehen wäre es auch „Demokratie“, wenn elf Luseen einen Mordanschlag erörtern und sechs für seine Ausführung stimmen.

Nur so ist es auch zu erklären, daß in Martinis Buch ein Kapitel „Die braune Demokratie“ und ein Abschnitt darin „Hitler — die Konsequenz der Demokratie“ heißt, daß sich ferner solch ungeheuerliche Sätze wie diese in dem Buch finden: „Napoleon (III. im Jahre 1851) hatte den Volkswillen hinter, die Verfassung aber gegen sich; Hitler hatte beide für sich“ (S. 90) oder: „Der demokratische Charakter des Dritten Reiches ergab sich nicht nur aus den Mehrheitsverhältnissen. Er verriet sich auch in der hektischen Sucht nach Homogenität, nach Konformismus. Diese Sucht war so gesteigert, daß sie sich ein eigenes, mit wüsten Vollmachten ausgestattetes Vollzugsorgan schuf, das über nichts anderes zu wachen hatte, als über den Konformismus des Denkens, Willens und Handelns: die Gestapo“ (S. 117/18). Damit ist nichts anderes gesagt, als daß die Demokratie erst von der Gestapo praktisch erfüllt und vollendet worden wäre!

Ich stimme nicht in den Chor der Kritiker ein, die Martini wegen solcher Sätze, deren nicht wenige in seinem Buche stehen, für einen unbeherrschbaren Nazi halten. Das ist er ganz gewiß nicht. Diese Ungeheuerlichkeiten sind lediglich das Unkraut, das aus einem allerdings schlecht vorbereiteten Boden wuchert. Allerdings kann Martini für seinen definitiven Mißgriff keine mildernden Umstände beanspruchen, allein schon weil das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland mit weisem Bedacht das Wort „Demokratie“ nirgends verwendet, sondern von der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung“ spricht. Hätte sich Martini auf diesen Begriff eingelassen, wären ihm viele Entgleisungen erspart geblieben. Im übrigen ist es unerfindlich, warum Martini den Nationalsozialismus für die Demokratie und als ihren Höhepunkt reklamieren will. Die nationalsozialistische Presse konnte sich bis 1933, als immerhin noch die Wahl zwischen

Demokratie und „Führerstaat“ bestand, nicht genug tun, die Demokratie zu schmähen, was dann eifrig fortgesetzt wurde, als es im Kriege die Westmächte zu verunglimpfen galt, und spätestens seit 1931 lag ein umfangreiches parteiamtliches Schulungs- und Rednermaterial vor, das alle denkbaren pseudowissenschaftlichen Argumente gegen die Demokratie anbot — zum Teil genau die gleichen, die Martini ins Gefecht führt.

Der „überfragte Wähler“

Aus zwei hauptsächlichlichen Gründen, meint Martini, könne die Demokratie (als bloße Staatsorganisation, worauf wir uns fortan beschränken) nicht funktionieren: der Wähler, in dessen Hand das Schicksal demokratischer Staaten gegeben sei, werde bei jeder Wahl, die über den örtlichen Bereich hinausgeht, überfragt (das ist das Kapitel „Der überfragte Wähler“); zweitens sei eine planvolle Außenpolitik infolge ihrer Abhängigkeit von den emotionalen Entschlüssen der Wähler unmöglich.

Niemand wird bestreiten, daß der Wähler überfragt ist, daß seine sachliche Zuständigkeit für die Abgabe einer Wahlstimme nicht ausreicht, wenn man das Wahlrecht an die genaue Kenntnis aller politischen Institutionen, Zustände und Ereignisse knüpfen wollte. Mit erheblicher Zurückhaltung will ich Martini sogar zugestehen, daß die meisten Wähler die mangelhafte Sachkenntnis durch das ersetzen, was er „Emotion“ nennt. Aber — und das ist der springende Punkt —: wie wenige Entscheidungen trifft der Mensch aus überlegenem Sachverstand und wie viele aus reinen Emotionen!

Mit der Tatsache also — wenn man sie überhaupt anerkennen will —, daß der Wähler nicht sachverständig, sondern emotional wählt, ist noch nichts gegen die Demokratie als staatliche Organisationsform ausgesagt. Gewiß können Emotionen in die Irre führen, aber der sachverständige Sachverstand kann es auch! Ich wage nicht zu entscheiden, in welchem Falle das Risiko geringer ist. Aber ich bin überzeugt, daß es weder so noch so ohne Risiko geht. Wenn es sich so verhält, ist mir die demokratische Risiko das weitaus angenehmste.

Ernst sind Martinis Bedenken gegen die Möglichkeit einer planvollen Außenpolitik in Demokratien. Er führt zwei beachtliche Beispiele an. Der Präsident der Vereinigten Staaten, so sagt er, sei infolge des demokratischen Betriebes eigentlich ein funktionsunfähiger Mann: Im ersten Amtsjahr müsse er sich einarbeiten, am Ende des zweiten stünden Parlamentswahlen, auf die er Rücksicht nehmen müsse, nur im dritten Amtsjahr könne er sich ein wenig entfalten, denn im vierten müsse er schon wieder entweder auf seine Wiederwahl oder auf die Wahl eines Parteifreundes bedacht sein. Das andere Beispiel ist der französische Politik entnommen: Mehrere internationale Konferenzen hätten vertagt oder abgesehen werden müssen, weil wegen der häufigen Kabinettskrisen kein verhandlungsfähiger französischer Außenminister zur Stelle gewesen sei.

Diese Mängel, deren ersten Martini zweifellos überspitzt, werden auch von Leuten gesehen und unumwunden zugegeben, die anders als Martini der Demokratie nicht nur als möglicher Staatsorganisation, sondern als Form der Gesittung verpflichtet sind. Ihnen genügt es, daß sich die Demokratie unter den denkbaren Grundsätzen staatlicher Gestaltung als das kleinste Übel erwiesen hat und daß sie sich unter den heutigen und auch für die nahe Zukunft voraussehbaren Verhältnissen zu bewähren verspricht. Damit ist keineswegs gesagt, daß die Demokratie, wie es einige Schlafmützen und Angsthasen gern möchten, tabu sein solle und daß nicht andere Ausprägungen aus dem Metall der Demokratie, als sie jetzt gültig sind, gesucht, entworfen, hergestellt und in Gebrauch genommen werden dürften und sogar müßten.

Kritik ohne Ausweg

Aber da weiß auch Martini keinen Rat. Es sei nicht die Aufgabe seines Buches, sagt er an mehreren Stellen, einen Vorschlag für den Ersatz der Demokratie durch etwas anderes oder Besseres zu machen. Das dürfte eine Ausrede sein. Das Buch enthält keinen Vorschlag, weil er nicht hineinpaßte, sondern weil Martini keinen weiß. Was ihm unendlich vor-schwebt, deuten zwei Kapitelüberschriften an: „Das portugiesische Beispiel“ und „Zum Beispiel: Salazar“. Damit denkt Martini offenbar an eine autoritäre Diktatur, jedoch ohne Rechtsbruch, Terror und Greuel. Das mag in Portugal klappen. Aber wer wollte es riskieren, einer autoritären Diktatur das Wort zu reden und den Weg zu ebnen, wenn keinerlei Gewähr besteht, Rechtsbruch und Terror und Greuel zu vermeiden? Auch Martini wird dieses Risiko nicht eingehen wollen, denn im Vorwort seines nicht durchweg schönen Buches stehen die schönen Sätze: „Dieses Buch geht ohne Umschweife davon aus, daß die Freiheit auf den obersten Rangstufen der westlichen Werte stehen soll, ohne sich um eine nähere Begründung dieser Forderung zu bemühen: das ist schon deswegen überflüssig, weil es sich nicht an diejenigen wendet, die ihr diesen Rang nicht beizulegen. Mit diesen gilt es nicht zu diskutieren; es gilt vielmehr, sie mit allen Mitteln daran zu hindern, auf die Politik Einfluß zu gewinnen.“

Dieses Wort soll gelten. Nach ihm kann man Martini die Hand reichen. Es ist nur nach der Frage, ob es nicht der Versuch der Quadratur des Kreises ist, die Freiheit auf den obersten Rangstufen der Werte zu bekennen und zugleich ihre bisher einzig gelungene Ausprägung, eben die Demokratie, in die Rumpelkammer der Geschichte verweisen zu wollen.

Paul Gerhardt

„Ich darf mich nicht selbst predigen“

Schwäbische Pfarrer diskutieren über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik

Es war an sich kein schlechter Gedanke vom württembergischen Landesbischof Martin Haug, einen Teil seiner Pfarrerschaft nach Bad Boll, der Evangelischen Akademie, einzuladen, um dort mit ihnen über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik zu diskutieren und womöglich zu einer einheitlichen Anschauung zu gelangen. Ungefähr einhundert schwäbische Geistliche waren aus den fünfzig Dekanaten des Landes erschienen; Jasager und Neinsager zur Wiederbewaffnung. Ihre Standpunkte waren jedoch schon so festgelegt, daß es zu keiner einheitlichen Anschauung kam. Nicht einmal die Eröffnungsbite des Landesbischofs, „weil wir kein gemeinsames Wort haben, deshalb dürfen wir nicht so laut reden“, wurde immer beachtet. Unter Anführung ihrer profilierten Vorsprecher Dr. Heinemann, Professor Gollwitzer und Pfarrer Diem zeigte sich die Gruppe der Neinsager weit leidenschaftlicher, lauter und kategorischer als es ihrer zahlenmäßigen Größe entsprach.

Sie lehnten es entschieden ab, ihre Stellungnahme zur Aufrüstung als eine politische Ermessensfrage des einzelnen betrachtet zu wissen. In ihren Augen handelt es sich um eine Entscheidung, die Sitte, Moral und Ethik betrifft (von einem Auftrage des Evangeliums sprach man vorsichtigerweise nicht), und die deshalb auf der Kanzel behandelt werden muß. Hiergegen erhob der Akademieleiter Dr. Eberhard Müller Einspruch. Nach seinen Worten darf die Kirche zwar von der Kanzel an das Gewicht dieser Frage erinnern, aber nicht die Gewissen im Namen Gottes binden. So versuchte man es mit einer Unterscheidung zwischen „auf der Kanzel“ und „unter der Kanzel“. Einem Geistlichen steht es danach frei, unter der Kanzel mit Hinweis auf die Subjektivität seiner Meinung, seine persönlichen Ansichten dem Gemeindemitglied vorzutragen. Professor Gollwitzer, der zwar eine Abgrenzung von unter und auf der Kanzel ablehnte, und eine Art von politisch aufklärender Predigt bejahte, erklärte: „Ich darf mich nicht selbst predigen. Ich darf nicht zu meiner eigenen Entscheidung aufrufen, sondern nur zum Gehorsam gegen Gottes Gebot.“

Was an sachlich-politischen Argumenten gegen die Wiederbewaffnung vorgebracht wurde, war wenig überzeugend. Es war sogar zum Teil verwirrend. Um so stärker aber gebrauchte man die gefühlsmäßige Seite und beschwor immer wieder die Vergangenheit, das Dilemma

der nationalsozialistischen Zeit. „Damals hat man uns den Vorwurf gemacht, daß wir schwiegen — ein zweitesmal dürfen wir nicht stillhalten.“ Oder ein anderer Pfarrer: „Ich habe davon geschwiegen, daß Gottes Gebote in unserem Volke zertrüben wurden, daß Synagogen angezündet wurden, daß Kommunisten und Juden im KZ umgebracht wurden. Jetzt treibt mich die Angst um, daß wir nicht wieder so lange schwiegen, bis wir nicht mehr zu reden brauchen, weil es zu spät ist.“ Wie ein Spuk, ein körperlicher Schmerz lastet diese Erinnerung auf vielen Pfarrern. Die erregten Gesten und Mienen, besonders der jüngeren Geistlichen zwischen 25 und 40 Jahren, zeigten deutlich, daß sie mit dieser „Schuld“ noch nicht fertig geworden sind. Sie scheinen vielmehr der Meinung zu sein, diesen Komplex nur dadurch normalisieren zu können, daß sie sich grundsätzlich gegen das Wort „Wiederbewaffnung“ zur Wehr setzen, ungeachtet einer ganz anderen Zeit und Umwelt. Bei der Ablehnung gehen sie bisweilen soweit, in den Befürwortern der Wiederaufrüstung nicht nur politische Gegner, sondern moralisch fragwürdige Menschen zu sehen.

Wohl sprach man in Boll viel über Atombomben, Rußland, Amerika, Europa, über Kommiß und inneres Gefüge, wobei sich der Vertreter des Amtes Blank, Graf Baudissin, als ein ebenso sympathischer wie gewandter Verfechter seiner bekannteren Thesen zeigte, aber bestimmend, die Atmosphäre und den Grund erleuchtend war doch das tragische Erlebnis vor zehn, fünfzehn Jahren. Aus diesem Bereich persönlicher menschlicher Verstrickungen kam man erst heraus, als der Landesbischof auf die heutige weltpolitische Situation hinwies und den Kommunismus als ein totalitäres System bezeichnete, das seine Heilslehre über die ganze Welt ausbreiten wolle. Durch das Dasein dieser ungeheuren östlichen Militärmacht sei jedes Staatswesen an seinen Grenzen bedroht. „Man mag es tief bedauern, daß uns keine Zeit bleibt zur Aufarbeitung unserer Vergangenheit, aber wir müssen uns beteiligen an der Aufrichtung eines Damms gegen die Flut im Osten.“ So sprach ein Landesbischof, aber nicht im Namen der Kirche. Die Kirche hält sich in dieser Frage zurück, sie wird auch weiterhin schweigen, wenn auch, so sagte derselbe Sprecher, „Schweigen aus Verantwortung oft nicht verstanden wird.“